
423/AB XXIV. GP

Eingelangt am 03.02.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Unterricht, Kunst und Kultur

Anfragebeantwortung

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0262-III/4a/2008

Wien, 3. Februar 2009

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 448/J-NR/2008 betreffend die Ausbildungssituation von Mädchen aus dem islamischen Kulturkreis, die die Abg. Carmen Gartelgruber, Kolleginnen und Kollegen am 12. Dezember 2008 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 3:

Mehrere Studien im Bildungsbereich widmen sich dem Thema Bildung und Migration. In diesem Zusammenhang wird beispielsweise auf die PISA-Zusatzuntersuchung der OECD „Where immigrant students succeed – a comparative review of performance and engagement in PISA 2003“ verwiesen.

In der auf Grundlage des Bildungsdokumentationsgesetzes durchgeführten Bildungsdokumentation ist das Religionsbekenntnis einer Schülerin/eines Schülers kein zentrales Erhebungsmerkmal. Aus diesem Grunde gibt es auch keine entsprechenden Statistiken, die das Religionsbekenntnis abbilden.

Zu Fragen 4 und 5:

Es ist eine wichtige Aufgabe der Bildungspolitik, für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft, die Chance auf eine bestmögliche Bildung und Ausbildung sicherzustellen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen optimal gefördert werden, um ihre Potentiale zu stärken und auszubauen, Benachteiligungen sollen ausgeglichen und Chancengerechtigkeit hergestellt werden. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur hat dazu mit der Neuen Mittelschule, der frühen sprachlichen Förderung, den Sprachförderkursen an den Schulen, dem Ausbau der schulischen Tagesbetreuung und der Berufsmatura zahlreiche wichtige Maßnahmen gesetzt.

Jugendliche müssen optimal auf ihrem Bildungsweg begleitet und beraten werden, daher nimmt die Bildungs- und Berufsberatung eine zentrale Rolle ein. Spezielle Projekte und Initiativen unterstützen Jugendliche in ihren Bildungs- und Berufsentscheidungen: Für benachteiligte Zielgruppen gibt es besondere Angebote. Gemäß Regierungsprogramm wird mit dem Ausbau und der Weiterentwicklung der Berufsorientierung und der Bildungsberatung auf der 7., 8. und 9. Schulstufe ein Schwerpunkt gesetzt.

Die Bundesministerin:

Dr. Claudia Schmied eh.